

**Begrenzter europäischer Impfschaden**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 92 vom 21. April 2021

## INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 92 vom 21. April 2021, S. 10,  
unter dem Titel:

"Begrenzter europäischer Impfschaden. Im Einzelfall  
gibt es viel Kritik, aber insgesamt ist die Einstellung  
zur EU stabil positiv."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Impfstoffbeschaffung durch die EU
	A	2	Meinung über Ursula von der Leyen
	A	3	Befugnisse der EU und der Mitgliedstaaten
	A	4	Bedeutung der EU
	A	5	Europa in der Welt

	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
--	---	---	--

Schaubild		1	Vertrauen in Institutionen
		2	Vertrauen in die Bundesregierung und die Europäische Kommission
		3	Vertrauen in die Europäische Union
		4	Vorteile oder Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft?
		5	Vereintes Europa - wie schnell?

**Originalmanuskript**

Dr. Thomas Peteresen

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Begrenzter europäischer Impfschaden**

Die Einstellung der Bevölkerung zur Europäischen Union war in den letzten Jahrzehnten stabil und schwankend zugleich. Stabil war sie insofern, als die Krisen der Gemeinschaft – die Diskussionen um den Maastricht-Vertrag, um den Beitritt der Türkei, die Osterweiterung der EU, das Scheitern des Verfassungsvertrags, die Einführung des Euro, die Staatsschuldenkrise und der Entschluss Großbritanniens, die Union zu verlassen – nichts an der grundsätzlichen Zustimmung der meisten Deutschen zur europäischen Einigung ändern konnten.

Gleichzeitig aber schwankte die Meinung über den konkreten Zustand der Europäischen Union erheblich, wenn auch in anderer Weise, als oft angenommen wird. So führte die sogenannte „Eurokrise“ vor rund einem Jahrzehnt nicht etwa dazu, dass die Zustimmung der Deutschen zum Euro zurück ging, sondern im Gegenteil deutlich stieg. Offensichtlich waren vielen Bürgern angesichts der Bedrohung die Vorzüge der gemeinsamen Währung erst bewusst geworden. Ein ähnliches Muster zeigte

sich auch nach dem Referendum in Großbritannien, das das Vertrauen der europäischen Bürger in die Gemeinschaft eher festigte als erschütterte.

Die aktuelle Diskussion um die Rolle der Europäischen Kommission bei der Beschaffung von Impfstoffen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat das Europabild der Deutschen nun erneut verändert: Die Skepsis gegenüber den Institutionen der Gemeinschaft ist so groß wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag dieser Zeitung.

Bei einer Frage legten die Interviewer eine Liste mit verschiedenen Institutionen vor. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, ob sie in diese Institutionen sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen haben. Am meisten Vertrauen brachten die Befragten dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgericht entgegen, von denen jeweils mehr als 80 Prozent sagten, sie hätten in sie sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. Es folgten mit deutlichem Abstand und nahe beieinander der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung, denen immerhin noch rund die Hälfte der Befragten sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegenbrachten; von der Europäischen Kommission sagten dies dagegen nur 21 Prozent. Sie lag damit gleichauf mit den in der Öffentlichkeit traditionell besonders misstrauisch betrachteten Parteien.

Schaubild 1

Nun äußerten die Befragten auch in früheren Umfragen stets deutlich weniger Vertrauen in die Europäische Kommission als in die wichtigsten nationalen Institutionen, doch der Trend in der jüngsten Zeit ist durchaus bezeichnend. Gegenüber dem Jahr 2019 ist trotz der zuletzt deutlichen Kritik am Corona-Krisenmanagement der Anteil derjenigen, die sagen, sie hätten Vertrauen in die Bundesregierung, von – allerdings im langfristigen Vergleich recht niedrigen – 38 auf 50 Prozent gestiegen. Die Zahl derjenigen, die der Europäischen Kommission Vertrauen entgegenbringen, ist dagegen in der gleichen Zeit von 30 auf 21 Prozent zurückgegangen.

Schaubild 2

Noch deutlicher ist die Entwicklung bei der allgemein gehaltenen Frage nach dem Vertrauen in die Europäische Union zu erkennen. Der Anteil derer, die sagen, sie hätten sehr großes oder großes Vertrauen in die Gemeinschaft, ist seit 2018 von 40 auf 26 Prozent gefallen, die Zahl derjenigen, die dagegen meinen, sie hätten nicht so großes oder kaum, gar kein Vertrauen, ist von 51 auf 67 Prozent gestiegen und damit auf das gleiche Niveau wie auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise vor zehn Jahren.

Schaubild 3

Es ist offensichtlich, dass die Probleme mit der Impfstoffbeschaffung zum Ansehensverlust der EU beigetragen haben. Auf die Frage, ob es richtig gewesen sei, den Corona-Impfstoff gemeinsam für alle Mitgliedsländer zu

beschaffen, oder ob es besser gewesen wäre, wenn jedes Land für sich selbst Impfstoff beschafft hätte, entschieden sich 46 Prozent der Befragten für die zweite Position, nur 34 Prozent für die erste. Die konkreter formulierte Frage, ob Deutschland heute mehr Impfstoff zur Verfügung hätte, wenn es ihn alleine beschafft hätte, wurde noch eindeutiger beantwortet: Fast zwei Drittel, 64 Prozent, sagten, sie glaubten dies. Nur 21 Prozent widersprachen.

Tabelle A 1

Der Eindruck, dass die Impfstoffbeschaffung über die Europäische Union unbefriedigend verlaufen ist, scheint sich auch in den Popularitätswerten der Kommissionspräsidentin niederzuschlagen. Auf die Frage „Haben Sie von Ursula von der Leyen alles in allem eine gute oder keine gute Meinung?“ antworteten in der vorliegenden Umfrage nur 15 Prozent, sie hätten von ihr eine gute Meinung, 53 Prozent meinten „keine gute Meinung“. In früheren Umfragen, als sie noch Familien-, Arbeits- und auch Verteidigungsministerin war, waren die Popularitätswerte von der Leyens positiver.

Tabelle A 2

Angesichts solcher Ergebnisse ist es nur folgerichtig, dass viele Deutsche die EU-Mitgliedschaft als Hindernis bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie betrachten. Bei der allgemein gehaltenen Frage „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die



Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ entschieden sich 34 Prozent für die Antwort „Mehr Vorteile“. Deutlich weniger, 24 Prozent, glaubten, Deutschland habe durch die Mitgliedschaft mehr Nachteile. 32 Prozent glaubten, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus. Ganz anders fielen dagegen die Antworten bei der Frage aus: „Wie sehen Sie das speziell in der aktuellen Corona-Pandemie? Hat Deutschland da durch seine Mitgliedschaft in der EU mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ Hier sagten 46 Prozent, Deutschland habe mehr Nachteile, nur 8 Prozent meinten, die Vorteile überwiegen. Schaubild 4

So hat sich das aktuelle Bild der Europäischen Union vor dem Hintergrund ihres Handelns in der Corona-Krise deutlich verdunkelt. Um so bemerkenswerter ist, wie unberührt die grundlegende Einstellung der Bürger zur EU von dieser Entwicklung geblieben ist: Bei Fragen, die nicht ausdrücklich auf die Tagespolitik und speziell die Corona-Krise abzielen, unterscheiden sich die aktuellen Antworten nicht von denen früherer Jahre. So liegt der bereits erwähnte Wert von 34 Prozent, die sagen, Deutschland habe durch seine EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile, auf dem gleichen Niveau wie bei den Umfragen im letzten Jahrzehnt.

Selbst die Frage, ob die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Befugnisse und Zuständigkeiten von der Gemeinschaft zurückerhalten sollten, wird im Licht der Corona-Krise nicht anders beantwortet als in den vergange-

nen Jahren. Zwar sagten in der aktuellen Umfrage 39 Prozent, es sollten mehr Befugnisse an die Mitglieder übertragen werden, während nur 12 Prozent fanden, dass umgekehrt mehr Befugnisse von den Nationalstaaten an die EU übertragen werden sollten, doch im Frühjahr 2019 hatten auch schon 38 Prozent gesagt, sie befürworteten eine Rückgabe von Befugnissen an die Mitglieder. 2018 waren es 41 Prozent, im Jahr davor 37 Prozent.

Tabelle A 3

Das Vorstellungen der Bürger von der Europäischen Union, die vor zwei Jahrzehnten noch recht vage waren, haben sich inzwischen so verfestigt, dass sie von der aktuellen Situation nur begrenzt beeinflusst werden. Das betrifft die positiven wie die negativen Aspekte. So beklagten sich in der vorliegenden Umfrage 63 Prozent über eine angeblich wuchernde europäische Bürokratie, 58 Prozent verwiesen auf verschuldete Mitgliedsländer, für die Deutschland haften müsse, 57 Prozent auf die von ihnen empfundene Regelungswut der EU. Umgekehrt sagten 72 Prozent, Europa bedeute für sie eine Wirtschaftsgemeinschaft, die den Handel erleichtere, 69 Prozent betonten, dass Europa für sie ein Raum ohne Grenzen sei, in dem man ungehindert reisen und seinen Beruf ausüben kann, 57 Prozent verwiesen auf Vorteile für Verbraucher und 54 Prozent darauf, dass die EU bedeute, dass die europäischen Länder nicht mehr gegeneinander Krieg führen. Keines dieser Ergebnisse unterscheidet sich nennenswert von denen aus Umfragen vergangener Jahre.

Tabelle A 4

Man gewinnt, wie bereits bei der Staatsschulden-Krise und beim Brexit, den Eindruck, dass die Wahrnehmung der Defizite und Probleme in der europäischen Politik bei den Bürgern nicht dazu führt, dass diese den Einigungsprozess als Ganzes in Frage stellen, sondern eher im Gegenteil dazu, dass sie mehr als zuvor darauf drängen, diese Defizite zu beseitigen und die Einigung weiter voranzutreiben. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Trendergebnisse zu der seit dem Jahr 1982 wiederholt gestellten Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“ In den 80er Jahren antwortete stets eine deutliche Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, ihrer Ansicht nach sollte die europäische Integration schneller vorangehen. Dies änderte sich abrupt mit der Deutschen Einheit. Überfordert von der Geschwindigkeit des Einigungsprozesses und ganz fokussiert auf die Probleme im eigenen Land, sagten nun deutlich mehr Befragte, es solle doch mit der europäischen Einigung lieber etwas langsamer vorangehen. Dies änderte sich erst wieder vor rund einem Jahrzehnt. Inzwischen überwiegt wieder der Anteil derjenigen, die sich für eine schnellere Einigung aussprechen, wenn auch noch lange nicht so eindeutig wie vor vier Jahrzehnten.

Schaubild 5

Dass die Krisen der europäischen Politik im letzten Jahrzehnt nicht zu wachsendem Zweifel am Einigungsprojekt geführt haben, son-

dern trotz aller Skepsis gegenüber den europäischen Institutionen eher den Ruf nach weiterer Einigung zu befördern scheinen, mag auf den ersten Blick überraschen. Es wird aber vielleicht verständlich, wenn man die geopolitische Dimension des europäischen Einigungsprojekts berücksichtigt. Der Bevölkerung ist die relative Schwäche der europäischen Länder im globalen Vergleich durchaus bewusst. Der These „Wenn die europäischen Länder nicht zusammenhalten und zusammenarbeiten, wird Europa in der Welt bald nichts mehr zu sagen haben“ stimmten in der aktuellen Umfrage 65 Prozent der Befragten zu. Nur 16 Prozent widersprachen. So kann man annehmen, dass die Europäische Union in ihrer jetzigen Form bei den meisten Deutschen zwar auch in absehbarer Zukunft keine Begeisterung auslösen wird, doch zumindest eine relative Mehrheit sieht zu ihrer Stärkung anscheinend keine sinnvolle Alternative.

Tabelle A 5

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1051
Befragungszeitraum:	6.4. bis 15.04.2021
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

Impfstoffbeschaffung durch die EU

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Mitgliedsländer der EU haben ja vergangenen Sommer beschlossen, Corona-Impfstoff gemeinsam für alle Mitgliedsländer zu beschaffen. Was meinen Sie: War diese Entscheidung richtig, oder wäre es besser gewesen, wenn jedes Land für sich selbst Impfstoff beschafft hätte?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Richtig .....	34
Jedes Land für sich selbst.....	46
Unentschieden, schwer zu sagen .....	20
	<hr/>
	100

FRAGE: "Einmal angenommen, Deutschland hätte seinen Corona-Impfstoff nicht gemeinsam mit den anderen EU-Staaten beschafft, sondern sich alleine um die Impfstoff-Beschaffung gekümmert: Glauben Sie, dass man in Deutschland dann mehr Impfstoff zur Verfügung hätte, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Mehr Impfstoff .....	64
Glaube das nicht .....	21
Unentschieden .....	15
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12033, April 2021

Meinung über Ursula von der Leyen

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Zur EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Haben Sie von Ursula von der Leyen alles in allem eine gute Meinung oder keine gute Meinung?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Gute Meinung .....	15
Keine gute Meinung .....	53
Unentschieden .....	29
Kenne ich nicht .....	3
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12033, April 2021



FRAGE: "Wie sehen Sie das ganz allgemein: Sollten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten umgekehrt mehr Befugnisse zurück an die Mitgliedsstaaten übertragen werden, oder weder noch?"

	Bevölkerung insgesamt			
	2017 %	2018 %	2019 %	2021 %
Mehr Befugnisse an die EU .....	16	15	22	12
Mehr Befugnisse zurück an die Staaten .....	37	41	38	39
Weder noch.....	31	24	25	30
Unentschieden, keine Angabe .....	16	20	15	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12033

Bedeutung der EU

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere gesagt haben, was die Europäische Union für sie bedeutet. Was davon würden auch Sie sagen, was bedeutet die EU für Sie?"

	Bevölkerung insg.
	%
Wirtschaftsgemeinschaft, um den Handel zwischen den europäischen Ländern zu erleichtern und zu fördern.....	72
Ein Europa ohne Grenzen, in dem man ungehindert reisen und seinen Beruf ausüben kann .....	69
Wuchernde Bürokratie, ein großer, schwer durchschaubarer Beamtenapparat .....	63
Viele hoch verschuldete Länder, für die Deutschland haften muss .....	58
Regelungswut, dass die EU vieles regelt, was sie nicht regeln müsste.....	57
Vorteile für die Verbraucher durch einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und eine gemeinsame Währung.....	57
Schwerfälligkeit, langsame Prozesse und Entscheidungen .....	56
Sicherheit, dass die europäischen Völker nicht mehr gegeneinander Krieg führen.....	54
Politische Stabilität in Europa .....	46
Ein geeintes Europa, das in der Weltpolitik eine wichtige Rolle spielt ....	37
Eine Gemeinschaft von europäischen Völkern mit ähnlicher Kultur und gemeinsamen Wertvorstellungen .....	32
Ein Risiko für den Wohlstand in Deutschland.....	25
Nichts davon.....	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12033, April 2021

Europa in der Welt

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand zur Zukunft der EU: 'Wenn die europäischen Länder nicht zusammenhalten und zusammenarbeiten, wird Europa in der Welt bald nichts mehr zu sagen haben.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Sehe das auch so.....	65
Sehe das nicht so.....	16
Unentschieden .....	19
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12033, April 2021

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

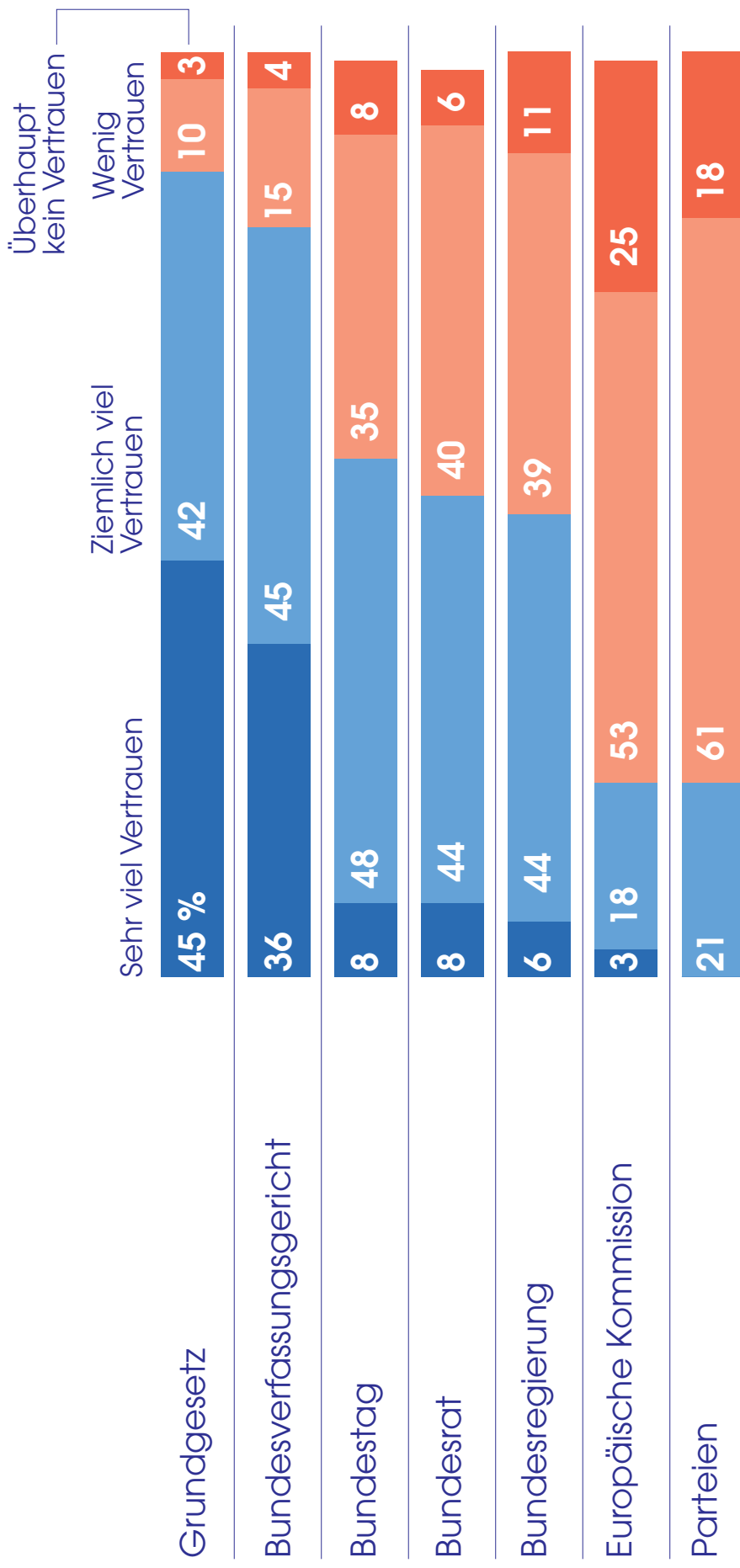
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
<b>Bundestagswahl</b>							
27.9.2009 .....	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
<b>Bundestagswahl</b>							
22.9.2013 .....	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
<b>Bundestagswahl</b>							
24.9.2017 .....	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0
1. - 12. Februar	27,5	8,0	14,5	23,0	9,5	13,0	4,5
5. - 18. März	29,0	7,0	16,5	23,0	8,0	11,5	5,0
1. - 15. April	38,0	6,0	16,0	19,0	7,0	9,0	5,0
6. - 14. Mai	38,0	5,5	15,5	19,0	7,0	9,0	6,0
1. - 13. Juni	40,0	4,5	16,0	18,5	7,0	9,5	4,5
3. - 16. Juli	38,0	5,5	15,5	20,0	7,5	9,0	4,5
5. - 18. August	38,0	5,5	17,0	19,0	7,0	9,0	4,5
4. - 16. September	37,0	6,0	17,0	19,5	7,0	9,0	4,5
7. - 20. Oktober	35,5	6,0	17,0	20,0	7,0	10,0	4,5
1. - 11. November	37,0	6,5	17,0	18,0	7,5	9,5	4,5
28.Nov. - 10.Dez	37,0	7,0	16,5	19,0	7,0	9,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.051 Personen

## **Schaubilder**

# Vertrauen in Institutionen

Frage: "Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"



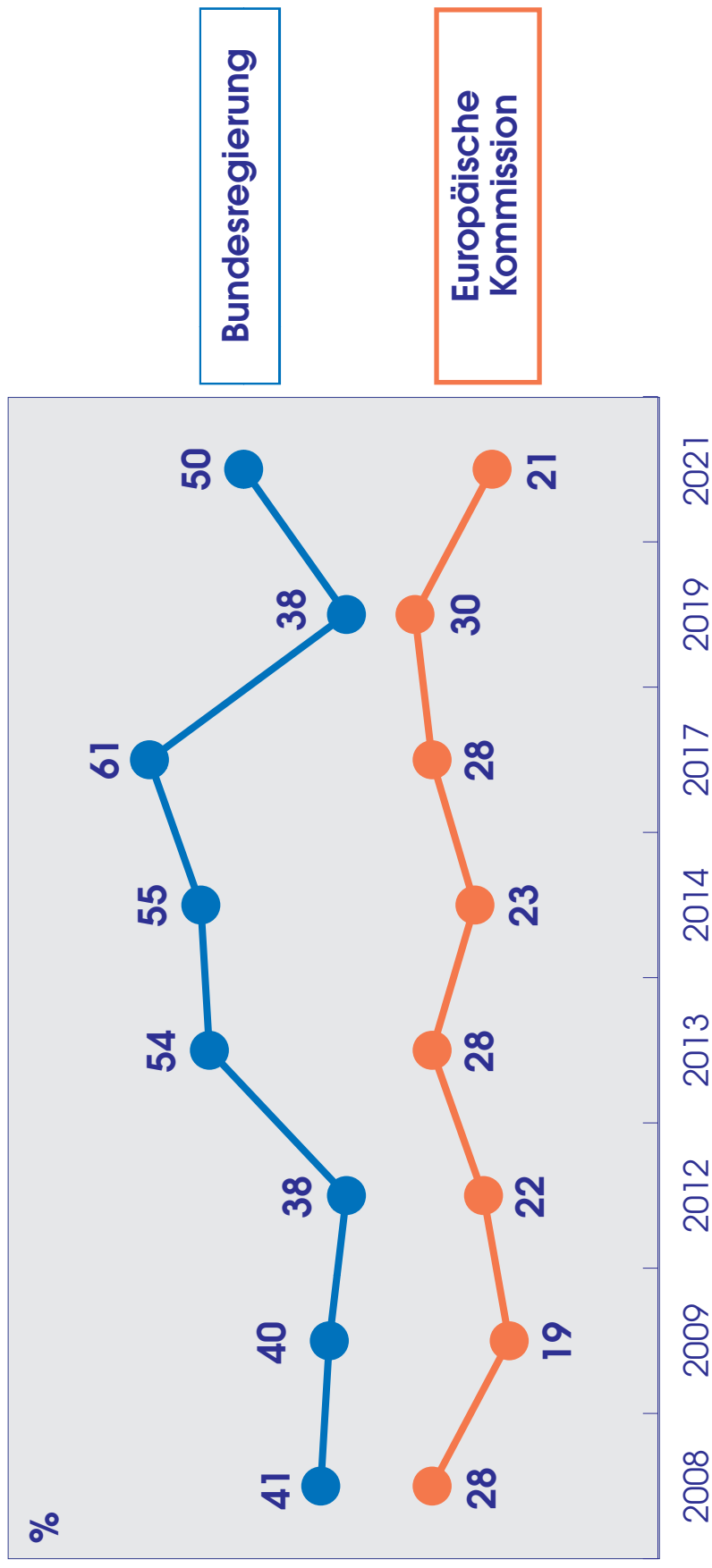
An 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12033

# Vertrauen in die Bundesregierung und die Europäische Kommission

Frage: "Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"  
Antwort: "Sehr viel / ziemlich viel Vertrauen"

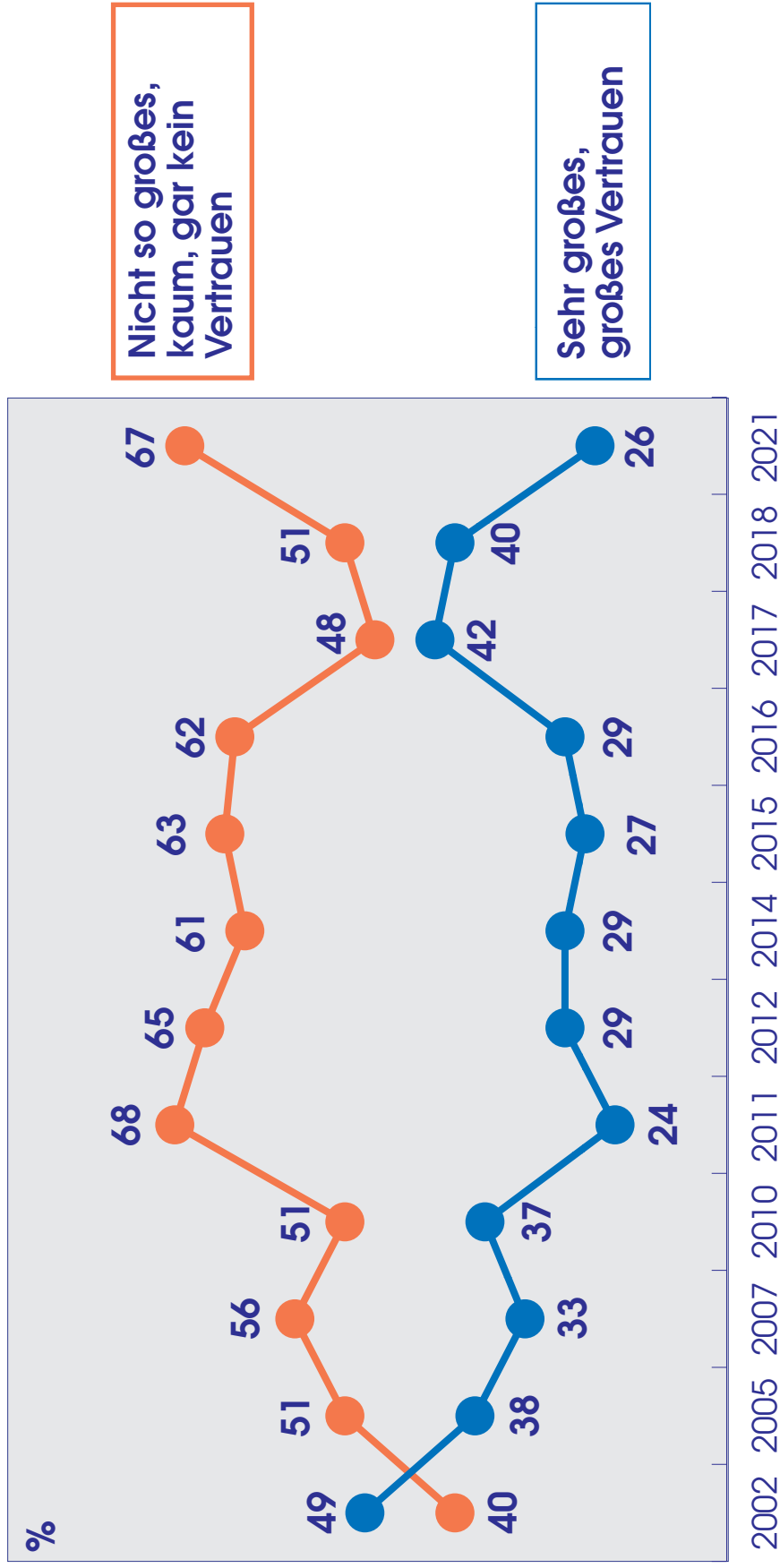
- Auszug aus den Angaben -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 1 2033

# Vertrauen in die Europäische Union

Frage: "Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union?"



An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

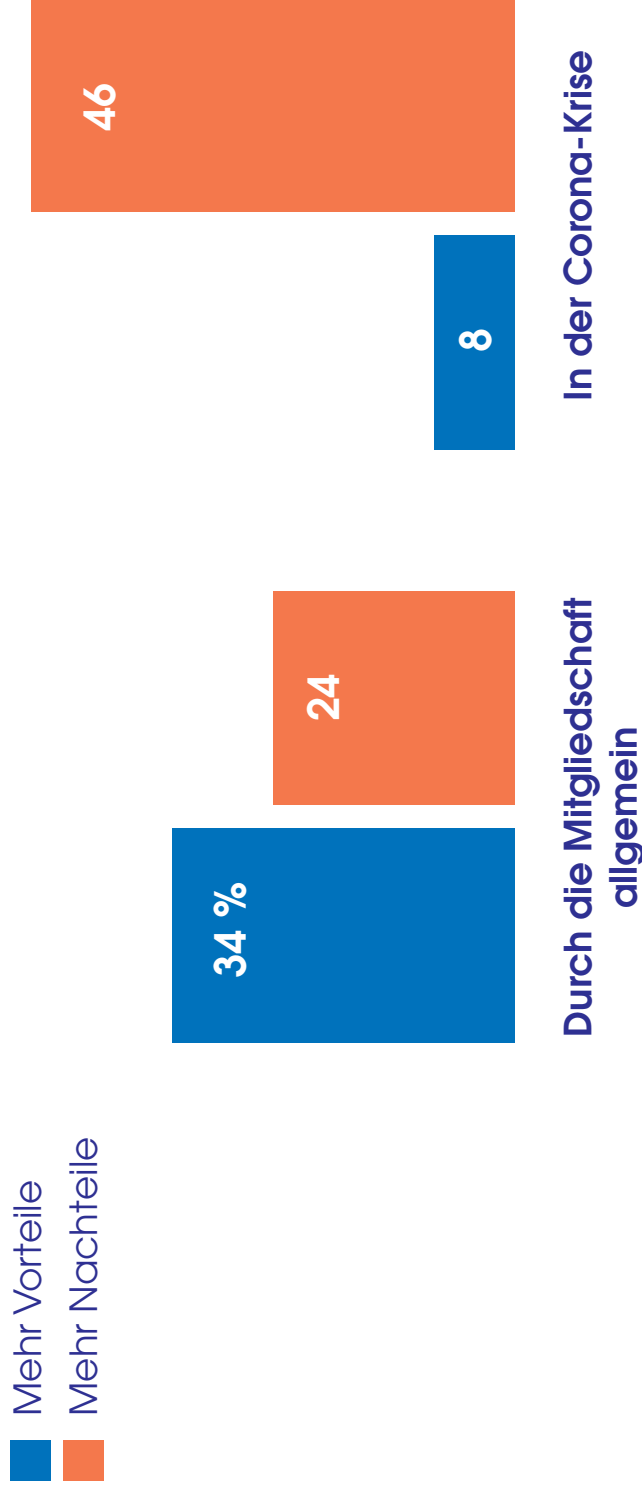
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12033



# Vorteile oder Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft?

Fragen: "Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"

"Wie sehen Sie das speziell in der aktuellen Corona-Pandemie? Hat Deutschland da durch seine Mitgliedschaft in der EU mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"



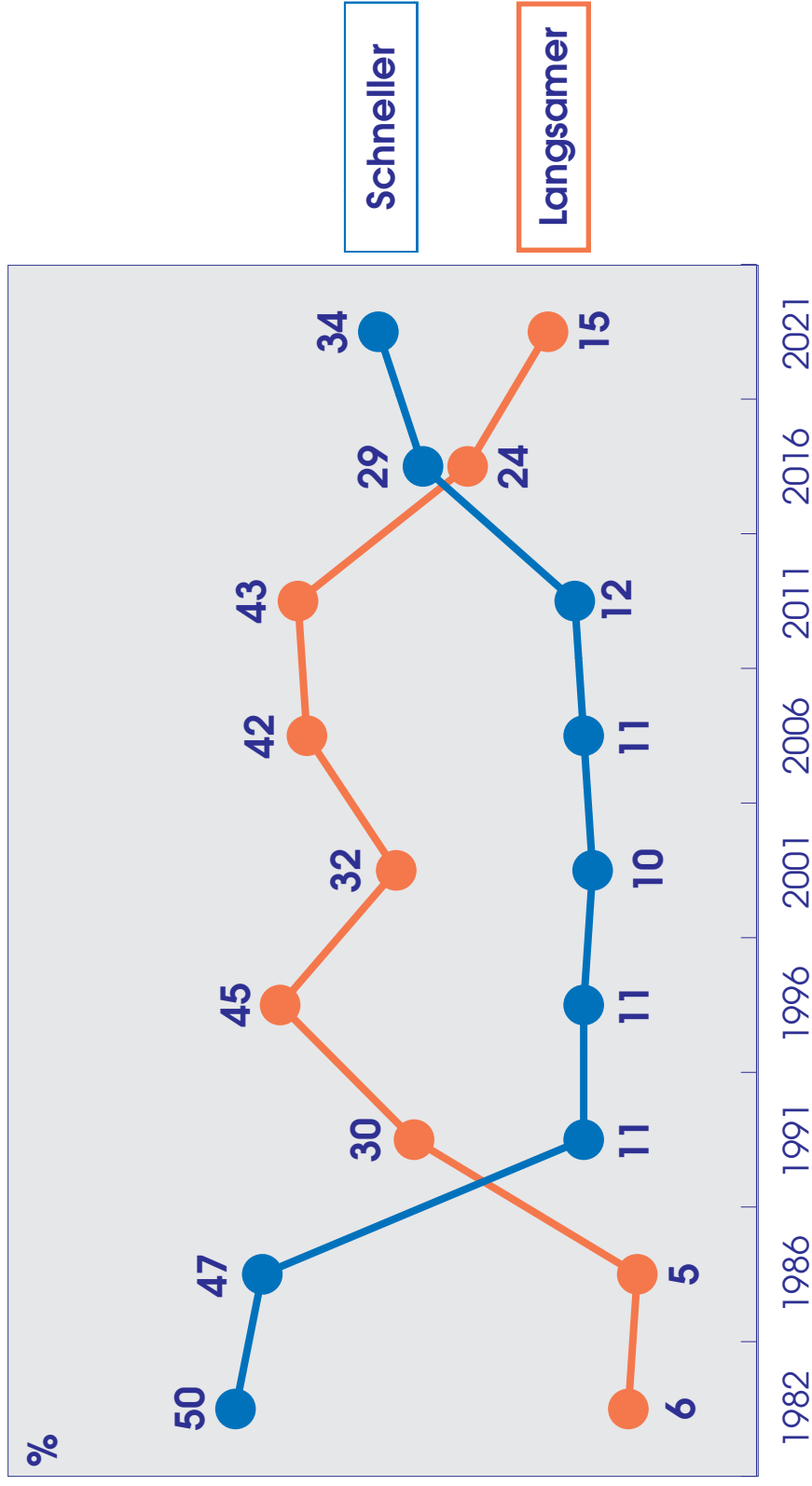
An 100 fehlende Prozent: gleichen sich aus, weiß nicht

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12033

# Vereintes Europa – wie schnell?

Frage: "Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?"



An 100 fehlende Prozent: wie bisher, unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland (1982, 1986: Westdeutschland), Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12033

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 92  
vom 21. April 2021, S. 10, unter dem Titel:

"Begrenzter europäischer Impfschaden. Im Einzelfall  
gibt es viel Kritik, aber insgesamt ist die Einstellung  
zur EU stabil positiv."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

## Begrenzter europäischer Impfschaden

Die Einstellung der Bevölkerung zur Europäischen Union war in den vergangenen Jahrzehnten stabil und schwankend zugleich. Stabil war sie insofern, als die Krisen der Gemeinschaft – die Diskussionen über den Maastricht-Vertrag, den Beitritt der Türkei, die Ost-Erweiterung der EU, das Scheitern des Verfassungsvertrags, die Einführung des Euros, die Staatsschuldenkrise und den Entschluss Großbritanniens, die Union zu verlassen – nichts an der grundsätzlichen Zustimmung der meisten Deutschen zur europäischen Einigung ändern konnten.

Gleichzeitig aber schwankte die Meinung über den konkreten Zustand der EU erheblich, wenn auch in anderer Weise, als oft angenommen wird. So führte die sogenannte „Euro-Krise“ vor rund einem Jahrzehnt nicht etwa dazu, dass die Zustimmung der Deutschen zum Euro zurückging, sondern im Gegenteil deutlich stieg. Offensichtlich waren vielen Bürgern angesichts der Bedrohung die Vorzüge der gemeinsamen Währung erst bewusst geworden. Ein ähnliches Muster zeigte sich auch nach dem Referendum in Großbritannien, das das Vertrauen der europäischen Bürger in die Gemeinschaft eher festigte als erschütterte.

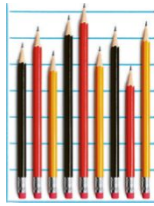
Die aktuelle Diskussion über die Rolle der Europäischen Kommission bei der Beschaffung von Impfstoffen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat das Europa-Bild der Deutschen nun wieder verändert: Die Skepsis gegenüber den Institutionen der Gemeinschaft ist so groß wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z.

Bei einer Frage legten die Interviewer eine Liste mit Institutionen vor. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, ob sie in diese Institutionen sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen haben. Am meisten Vertrauen brachten die Befragten dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgericht entgegen, von denen jeweils mehr als 80 Prozent sagten, sie hätten in sie sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. Es folgten mit deutlichem Abstand und nahe beieinander der Bundesrat, der Bundesrat und die Bundesregierung, denen immerhin noch rund die Hälfte sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegenbrachten; von der Europäischen Kommission sagten dies nur 21 Prozent. Sie lag damit gleichauf mit den traditionell besonders misstrauisch betrachteten Parteien.

Nun äußerten die Befragten auch in früheren Umfragen stets deutlich weniger Vertrauen in die Europäische Kommission als in die wichtigsten nationalen Institutionen, doch der Trend in der jüngsten Zeit ist bezeichnend. Gegenüber 2019 ist trotz der zuletzt deutlichen Kritik am Corona-Krisenmanagement der Anteil derjenigen, die sagen, sie hätten Vertrauen in die Bundesregierung, von – allerdings im langfristigen Vergleich recht niedrigen – 38 auf 50 Prozent gestiegen. Die Zahl derjenigen, die der Europäischen Kommission Vertrauen entgegenbringen, ist dagegen in der gleichen Zeit von 30 auf 21 Prozent zurückgegangen.

Noch deutlicher ist die Entwicklung bei der allgemeinen Frage nach dem Vertrauen in die EU zu erkennen. Der Anteil derer, die sagen, sie hätten sehr großes oder großes Vertrauen in die Gemeinschaft, ist seit 2018 von 40 auf 26 Prozent gefallen, die Zahl derjenigen, die dagegen meinen, sie hätten nicht so großes, kaum oder gar kein Vertrauen, ist von 51 auf 67 Prozent gestiegen und damit auf das gleiche Niveau wie auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise vor zehn Jahren.

Es ist offensichtlich, dass die Probleme mit der Impfstoffbeschaffung zum Ansehensverlust der EU beigetragen haben. Auf die Frage, ob es richtig gewesen sei, den Corona-Impfstoff gemeinsam für alle Mitgliedsländer zu beschaffen, oder ob es besser gewesen wäre, wenn jedes Land für sich selbst Impfstoff beschafft hätte, entschieden sich 46 Prozent der Befrag-



Im Einzelfall gibt es viel Kritik, aber insgesamt ist die Einstellung zur EU stabil positiv.

Von Dr. Thomas Petersen,  
Institut für Demoskopie  
Allensbach

ten für die zweite Position, nur 34 Prozent für die erste. Die konkretere formulierte Frage, ob Deutschland heute mehr Impfstoff zur Verfügung hätte, wenn es ihn allein beschafft hätte, wurde noch eindeutiger beantwortet: Fast zwei Drittel, 64 Prozent, sagten, sie glaubten dies. Nur 21 Prozent widersprachen.

Der Eindruck, dass die Impfstoffbeschaffung über die EU unbefriedigend verlaufen ist, scheint sich auch in den Popularitätswerten der Kommissionspräsidentin niederzuschlagen. Auf die Frage „Haben Sie von Ursula von der Leyen alles in allem eine gute oder keine gute Meinung?“ antworteten jetzt nur 15 Prozent, sie hätten von ihr eine gute Meinung, 53 Prozent meinten „keine gute Meinung“. In früheren Umfragen, als sie noch Familien-, Arbeits- und auch Verteidigungsministerin war, waren die Popularitätswerte von der Leyens positiver.

Angesichts solcher Ergebnisse ist es nur folgerichtig, dass viele Deutsche die EU-Mitgliedschaft als Hindernis bei der Bekämpfung der Pandemie betrachten. Bei der allgemein gehaltenen Frage „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile

gleichensich aus?“ entschieden sich 34 Prozent für die Antwort „Mehr Vorteile“. Deutlich weniger, 24 Prozent, glaubten, Deutschland habe durch die Mitgliedschaft mehr Nachteile. 32 Prozent glaubten, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus. Ganz anders fielen dagegen die Antworten bei der Frage aus: „Wie sehen Sie das speziell in der aktuellen Corona-Pandemie? Hat Deutschland da durch seine Mitgliedschaft in der EU mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ Hier sagten 46 Prozent, Deutschland habe mehr Nachteile, nur acht Prozent meinten, die Vorteile überwiegen.

So hat sich das aktuelle Bild der Europäischen Union vor dem Hintergrund ihres Handelns in der Corona-Krise verdunkelt. Umso bemerkenswerter ist, wie unberührt die grundlegende Einstellung der Bürger zur EU von dieser Entwicklung geblieben ist: Bei Fragen, die nicht ausdrücklich auf die Tagespolitik und speziell die Corona-Krise abzielen, unterscheiden sich die aktuellen Antworten nicht von denen früherer Jahre. So liegt der bereits erwähnte Wert von 34 Prozent, die sagen, Deutschland habe durch seine EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile, auf dem gleichen Niveau wie bei den Umfragen im vergangenen Jahrzehnt.

Selbst die Frage, ob die Mitgliedstaaten der EU Befugnisse und Zuständigkeiten von der Gemeinschaft zurückhalten sollten, wird im Licht der Corona-Krise nicht anders beantwortet als in den vergangenen Jahren. Zwar sagten in der aktuellen Umfrage 39 Prozent, es sollten mehr Befugnisse an die Mitglieder übertragen werden, während nur 12 Prozent fanden, dass umgekehrt mehr Befugnisse von den Nationalstaaten an die EU übertragen werden sollten, doch im Frühjahr 2019 hatten auch schon 38 Prozent gesagt, sie befürworteten eine Rückgabe von Befugnissen an die Mitglieder. 2018 waren es 41 Prozent, im Jahr davor 37 Prozent.

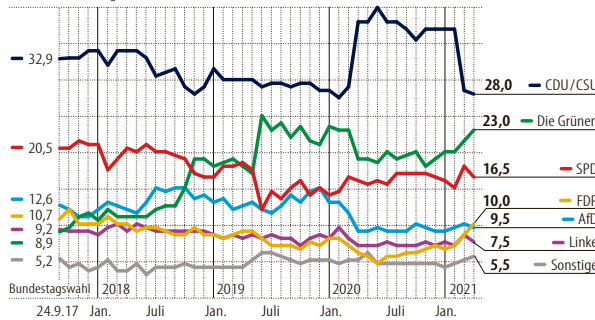
Die Vorstellungen der Bürger von der EU, die vor zwei Jahrzehnten noch recht vage waren, haben sich inzwischen so verfestigt, dass sie von der aktuellen Situation nur begrenzt beeinflusst werden. Das betrifft die positiven wie die negativen Aspekte. So beklagten sich jetzt 63 Prozent über eine angeblich wuchernde europäische Bürokratie, 58 Prozent verwiesen auf verschuldete Mitgliedsländer, für die Deutschland haften müsse, 57 Prozent auf die von ihnen empfundene Regelungswut der EU. Umgekehrt sagten 72 Prozent, Europa bedeute für sie eine Wirtschaftsgemeinschaft, die den Handel erleichtere, 69 Prozent betonten, dass Europa für sie ein Raum ohne Grenzen sei, in dem man ungehindert reisen und seinen Beruf ausüben kann, 57 Prozent verwiesen auf Vorteile für Verbraucher und 54 Prozent darauf, die EU bedeute, dass die Länder nicht mehr gegeneinander Krieg führen. Keines dieser Ergebnisse unterscheidet sich nennenswert von denen aus Umfragen vergangener Jahre.

Man gewinnt, wie bereits bei der Staatsschuldenkrise und beim Brexit, den Eindruck, dass die Wahrnehmung der Defizite und Probleme in der europäischen Politik bei den Bürgern nicht dazu führt, dass diese den Einigungsprozess als Ganzes in Frage stellen, sondern eher im Gegenteil dazu, dass sie mehr als zuvor darauf dringen, diese Defizite zu beseitigen und die Einigung weiter voranzutreiben. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Trendergebnisse zu der seit 1982 wiederholt gestellten Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“ In den 1980er Jahren antwortete stets eine deutliche Mehrheit der Westdeutschen, ihrer Ansicht nach solle die europäische Integration schneller vorangehen. Dies änderte sich abrupt mit der deutschen Einheit. Überfordert von der Geschwindigkeit des Einigungsprozesses und ganz fokussiert auf die Probleme im eigenen Land, sagten nun deutlich mehr Befragte, es solle doch mit der europäischen Einigung lieber etwas langsamer vorangehen. Dies änderte sich erst wieder vor rund einem Jahrzehnt. Inzwischen überwiegt wieder der Anteil derjenigen, die sich für eine schnellere Einigung aussprechen, wenn auch noch lange nicht so eindeutig wie vor vier Jahrzehnten.

Dass die Krisen der europäischen Politik im vergangenen Jahrzehnt nicht zu wachsendem Zweifel am Einigungsprojekt geführt haben, sondern trotz aller Skepsis gegenüber den europäischen Institutionen eher den Ruf nach weiterer Einigung zu befördern scheinen, mag auf den ersten Blick überraschen. Es wird aber vielleicht verständlich, wenn man die geopolitische Dimension des europäischen Einigungsprojekts berücksichtigt. Der Bevölkerung ist die relative Schwäche der europäischen Länder im globalen Vergleich durchaus bewusst. Der These „Wenn die europäischen Länder nicht zusammenhalten oder zusammenarbeiten, wird Europa in der Welt bald nichts mehr zu sagen haben“ stimmten in der aktuellen Umfrage 65 Prozent der Befragten zu. Nur 16 Prozent widersprachen. So kann man annehmen, dass die Europäische Union in ihrer jetzigen Form bei den meisten Deutschen zwar auch in absehbarer Zukunft keine Begeisterung auslösen wird, doch zumindest eine relative Mehrheit sieht zu ihrer Stärkung anscheinend keine sinnvolle Alternative.

### Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



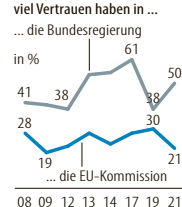
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 6. bis 15. April, 1051 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

### Vertrauensfragen

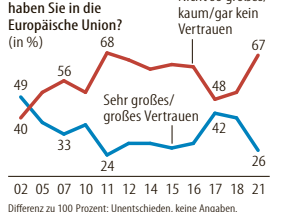
Wie viel Vertrauen haben Sie in diese Institutionen? (in %)

Institution	Sehr viel	Ziemlich viel	Wenig	Überhaupt keines
Grundgesetz	45	42	10	3
Bundesverfassungsgericht	36	45	15	4
Bundesrat	8	48	35	8
Bundesrat	8	44	40	6
Bundesregierung	6	44	39	11
Europäische Kommission	3	18	53	25
Parteien	0	21	61	18

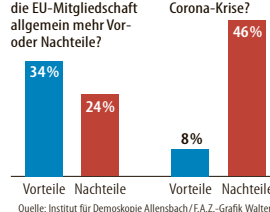
Befragte, die sehr viel/ziemlich viel Vertrauen haben in ...



Wie viel Vertrauen haben Sie in die Europäische Union? (in %)



Hat Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft allgemein mehr Vor- oder Nachteile?



Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter